

NEWSLETTER SPEZIAL
“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”
Vertreter von OSEC und SEC
Mitglied der Dachorganisation SwissCham
Herausgabe alle 14 Tage seit 1998
www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee
Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland
Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77
Seiten: 3 Datum: 12.08.2008

Ein mulmiges Gefühl

Hierzulande macht sich angesichts des Krieges in Georgien ein mulmiges Gefühl breit. Am Wochenende berichtete das hiesige Fernsehen noch über den Einmarsch Georgiens in Südossetien. Einer der persönlichen Berater des georgischen Präsidenten, der frühere estnische Premierminister Mart Laar, meinte am estnischen Fernsehen, Georgien habe offenbar keine andere Wahl gehabt, als diesen Einmarsch in Südossetien zu vollziehen. Beide, Mart Laar, als auch Präsident Saakaschwili gelten als bedingungslose Bewunderer des bald abtretenden noch amtierenden amerikanischen Präsidenten. Kritiker werfen Georgien und den USA vor, die Nato und die EU für ihre Zwecke instrumentalisieren zu wollen. Auffallend sei, wie sich der georgische Präsident anlässlich seiner Pressekonferenzen mit mehreren EU- Flaggen umgeben habe, wo doch Georgien bisher kein EU- Mitglied sei.

Inzwischen dominiert ein anderer Ton. Vergessen sind die Demonstrationen gegen Saakaschwili anlässlich der vergangenen Wahlen, als ihm von den Demonstranten in Tiflis Wahlbetrug vorgeworfen worden war.

Von der georgischen Invasion in Südossetien ist nicht mehr die Rede. Als Aggressor gilt jetzt ausschliesslich Russland.



Am Sonntag demonstrierten mehrere hundert Menschen auf dem Tallinner Rathausplatz um ihre Solidarität mit Georgien zu bekunden. Der georgische Geschäftsträger in Estland Zurab Marshania (links) rief in einer von Emotionen geladenen Rede in die Menge, Estland solle Georgien jegliche Unterstützung geben, darunter auch militärische Hilfe! Seinen Worten zufolge könne das Schicksal Georgiens auch andere Staaten, darunter auch Estland treffen. „Heute Georgien, Morgen vielleicht Paris“, rief er in die Menge. Unter den Teilnehmern der Demonstration waren auch die estnische Parlamentsmitglieder Marko Mihkelson und Andres Herkel. An der russischen Botschaft, in der Tallinner Altstadt gelegen, gingen einige der verspiegelten Fenster zu Bruch. Seitdem steht dort ein Fahrzeug der in Tallinn domizilierten Securityfirma „Alfaster“, angeblich ein Unternehmen, welches dem russischen FSB nahe stehen soll. Die estnische Polizei zirkuliert diskret in der Altstadt, steht aber nicht direkt vor der russischen Botschaft,

während die US- Botschaft seit Jahren auch von der estnischen Polizei rund um die Uhr bewacht wird. Die Stadt ist voller Touristen. Demonstranten waren keine mehr zu sehen.

Die Präsidenten Estlands, Lettlands, Litauens und Polens äusserten sich am Samstag gemeinsam zur Lage in Georgien. Im Folgenden die wesentlichsten Ausschnitte der gemeinsamen Erklärung. Darin heisst es:

„Die Präsidenten der Baltenstaaten und Polens verurteilen die Militäraktionen der Russischen Föderation in Georgien und sind sich einig, dass der Prozess zur Einführung eines vereinfachten Visaregimes zwischen der EU und Russland keine Zukunft hat“. „Wir, die Präsidenten der ehemaligen Opfer der Okkupation und heute zur EU und NATO gehörenden Estland, Lettland, Litauen und Polen sind äusserst besorgt über die gegen Georgien gerichtete Tätigkeit Russlands. „Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, damit die *einseitige Aggression* der Russischen Föderation gegen diesen europäischen Kleinstaat nicht verschwiegen wird und damit nicht nur inhaltslose Reaktionen folgen, die zu nichts führen,“ steht in der gemeinsamen Erklärung der Präsidenten. Und weiter:

„Deshalb werden wir unsere Regierung bitten sowohl in der Europäischen Union als auch in der NATO folgende Fragen zu thematisieren:

- Können die heutigen Machtstrukturen Russlands als adäquate strategische Partner der EU gesehen werden?
- Kann die europäische demokratische Staatengemeinschaft einen gegenseitig nützlichen Dialog mit einem Staat fortsetzen, der gegen einen anderen, selbständigen Staat Waffen einsetzt?
- die Aktionen der Russischen Föderation in Georgien müssen die Verhandlungen mit der Russischen Föderation, darunter auch über das Abkommen der Partnerschaft und Zusammenarbeit beeinträchtigen;

Die Europäische Union und die NATO müssen Initiativen ergreifen und der Verbreitung der imperialistischen Politik in Ost-Europa widerstehen. Es ist bedauerlich, dass die Weigerung der Aufnahme Georgiens in den NATO Membership Action Plan als „grünes Licht“ für Aggressionen in dieser Region interpretiert wurde“.

Der litauische Aussenminister Petras Vaitiekunas sagte, dass die europäische Union eine feste Position zu den gegen Georgien gerichteten Aggressionen halten und alle Mittel einsetzen sollte, um einen Waffenstillstand zwischen Georgien und Russland zu erreichen. Dieses Statement machte Vaitiekunas auf einem am Sonntag in Tbilisi stattgefundenen Treffen mit seinem finnischen und französischen Amtskollegen.

Der lettische Aussenminister Maris Riekstins sagte, dass der Konflikt in Georgien zu negativen Konsequenzen in den Beziehungen zwischen Lettland und Russland führen könne. Er fügte hinzu, dass die russischen Mächte in einer Weise handeln, die nicht den internationalen Regeln entspricht. "Russland hat allgemeine Normen ... internationale Vereinbarungen gebrochen", so Riekstins.

Der lettische Premierminister Ivars Godmanis sagte auf die Frage über den möglichen Einfluss des Konflikts auf zwischenstaatlichen Beziehungen, dass die Position Lettlands

den am Wochenende formulierten Äusserungen der Präsidenten Estlands, Lettlands, Litauens und Polens entspricht.



Der estnische Präsident Toomas Hendrik Ilves (links) sagte, dass das Wesen und der Umfang des russischen Angriffes in Georgien darauf deuten, dass diese bis ins Detail geplant waren. In einem am Sonntag geführten Telefongespräch mit dem EU-Aussenbeauftragten Javier Solana rief Ilves die EU auf, eine Schlüsselrolle zu übernehmen, um die gegen Militär- und Zivilobjekte Georgiens gerichteten Angriffe zu beenden. "Russland kopiert 1:1 die Serbien und Kosovo Krise: die Infrastruktur lahm zu legen, militärische Fähigkeit zu zerstören und die Macht zu unterhöheln und das Recht zur Einmischung zu verlangen, „ sagte Ilves."Die EU ist diese starke Macht, die die Russische Föderation dazu bringt, ihre

Militäraktionen auf dem Territorium Georgiens zu beenden. In Europa ist ein Krieg ausgebrochen, ein europäischer Staat ist zum Opfer der Aggressionen seines Nachbarstaates geworden. Die Europäische Union als Träger europäischer Werte kann nicht nur hilfloser Zuschauer bleiben", kommentierte der estnische Präsident.

Zudem verurteilt die heutige Sondersitzung des Estnischen Parlaments die gegen Georgien gerichtete Militär aggression der Russischen Föderation und spricht Estlands Besorgnis über die Argumente Russlands aus. In einem zu verabschiedenden Statement will das Parlament die internationale Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass die heutige Argumentation Russlands und seine Begründung der Angriffe gegen Georgien denen des nationalsozialistischen Deutschlands gleichen. Angeblich schütze Russland die Rechte seiner Bürger in Georgien, was auch Nazideutschland „zwang“ die Tschechoslowakei und Polen anzugreifen. Die Wiederverwendung dieser Argumentation ruft ein Gefühl der Gefahr und Unsicherheit hervor. Das estnische Parlament begrüsst und unterstützt die Forderung der internationalen Öffentlichkeit und demokratischer Staaten, jegliche Militäraktionen in Georgien sofort zu beenden und die territoriale Integrität Georgiens sicherzustellen. Das estnische Parlament betont, dass die Sicherstellung des Friedens in Georgien und in den Nachbarstaaten Russlands nur dann möglich ist, wenn die demokratische Welt einheitlich ihren kräftigen und konsequenten Druck ausübt. Der Aggressor muss wissen, dass ein Angriff gegen einen selbständigen Staat internationale Sanktionen mit sich bringt. Die Russische Föderation muss zur Zusammenarbeit und zu den Grundsätzen des Völkerrechtes zurückkehren. Das estnische Parlament ruft die UNO, die EU, das Europäische Parlament, die NATO, die OSZE, den Europäischen Rat, alle demokratischen Staaten und ihre Parlamente auf, Georgien jegliche Hilfe zu ermöglichen, die der Militär aggression Russlands ein Ende macht und den durch den Krieg entstandenen moralischen und materiellen Schaden zu entschädigen. Das estnische Parlament unterstützt einen beschleunigten Beitritt Georgiens zur NATO.